

# Nachrichten aus dem *netz*.



DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN NETZWERKS GEGEN ARMUT

Nr. 127 | Juli – Sept. | 2008

Leitartikel

## Das Soziale muss Herzstück der Migrationsagenda werden!

In vielen europäischen Ländern rückt das Thema Einwanderung immer mehr in den Mittelpunkt der politischen Debatte. Schätzungen besagen, dass jedes Jahr etwa zwei Millionen Migranten nach Europa kommen. Direkt nach der EU-Erweiterung im Jahr 2004 erlebten Irland und das Vereinigte Königreich die größte Einwanderungswelle, die jemals in den beiden Staaten registriert wurde. In Spanien stieg die Zahl der Einwanderer in den letzten zehn Jahren um 400 %.

Im Großen und Ganzen benötigen die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten diese zusätzlichen Arbeitskräfte, um angesichts ihrer alternden Bevölkerung und sinkenden Arbeitslosigkeit florieren zu können. Migranten bekommen aber im allgemeinen schlecht bezahlte Jobs, die sonst niemand haben möchte – dreckige, gefährliche und schwierige Arbeit. Viele werden ungerecht behandelt und genießen nicht die gleichen Arbeitsbedingungen wie die übrige Bevölkerung des Landes. Die Diskriminierung, die Migranten häufig erleben, ist Teil ihrer Armutserfahrung. Diskriminierung führt zu Ausgrenzung und Armut, während Armut wiederum die Diskriminierung verstärkt. Diese Dynamik ist vor dem Hintergrund wirtschaftlich schwieriger Zeiten und einer Rezession besonders bedrohlich.

Es ist unsere Pflicht, den Kampf gegen Rassismus innerhalb der EU-Mitgliedstaaten aktiv zu unterstützen. Wenn wir die Gleichbehandlung von EU-Bürgern und Drittstaatsangehörigen fördern und erreichen wollen, muss jegliche Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und religiöser Diskriminierung systematisch bekämpft werden. Für das EAPN ist es von größter Wichtigkeit, als Teil des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung solidarisch mit Migranten zusammenzuarbeiten.

Patrick Burke  
Vorsitzender der EAPN-Arbeitsgruppe zu Diskriminierung und Armut



## Schwerpunkt

## Einwanderung in die EU

### INHALT

- Ein soziales Europa – aber für welche Migranten? 2
- Die gemeinsamen Grundprinzipien zur Eingliederung im Blickpunkt 2
- Die Integrationspolitik der EU-25 – eine gemischte Bilanz 3
- Europäische Einwanderungs- und Armutspolitik: Interview mit der Europaabgeordneten Martin Roure 4
- Der europäische Einwanderungspakt: die Vision der französischen Ratspräsidentin 5
- Aktuelle EU-Tendenzen bei der Migration von Arbeitskräften: Eine praktische Vision der Einwanderung 6
- Deutschland: „Integration sollte ein wechselseitiger Prozess mit Anstrengungen auf beiden Seiten sein.“ 7
- Welche Herausforderungen bestehen hinsichtlich der sozialen Rechte von Migranten ohne Papiere? 7
- Einwanderungspolitik in Spanien: Der aktuelle Stand 7

### Nachrichten aus Polen

- EAPN-Polen an der Vorbereitung der nationalen Strategie zur Verminderung der Obdachlosigkeit beteiligt 9
- Im Blickpunkt EAPN-Polen 9
- Sozialpolitik in Polen: Aktivierungsmaßnahmen sind dringend 10
- Impressum 11

## Die gemeinsamen Grundprinzipien zur Eingliederung im Blickpunkt

Einwanderer machen heutzutage in der EU etwa 20 Millionen Menschen aus. Einwanderung und Integration sind daher extrem wichtige Themen. Der Europäische Rat einigte sich 2004 auf insgesamt 11 gemeinsame Grundprinzipien zur Eingliederung: Sie sollen den Mitgliedstaaten bei der Konzipierung von Eingliederungsmaßnahmen helfen:

1. Die Eingliederung ist ein dynamischer, in beide Richtungen gehender Prozess des gegenseitigen Entgegenkommens aller Einwanderer und aller in den Mitgliedstaaten ansässiger Personen.
2. Die Eingliederung erfordert die Achtung der Grundwerte der Europäischen Union.
3. Die Beschäftigung ist eine wesentliche Komponente des Eingliederungsprozesses [...].
4. Grundkenntnisse der Sprache, Geschichte und Institutionen der Aufnahmegesellschaft sind eine notwendige Voraussetzung für die Eingliederung [...].
5. Im Bildungswesen müssen Anstrengungen unternommen werden, um Einwanderer und vor allem auch deren Nachkommen zu einer erfolgreicherer und aktiveren Teilhabe an der Gesellschaft zu befähigen.
6. Entscheidende Voraussetzung für eine bessere Integration ist, dass Einwanderer zu denselben Bedingungen wie Einheimische gleichberechtigt Zugang zu den Institutionen sowie zu öffentlichen und privaten Gütern und Dienstleistungen erhalten.
7. Ein wichtiger Integrationsmechanismus sind häufige Begegnungen zwischen Einwanderern und Bürgern der Mitgliedstaaten [...].
8. Die Europäische Grundrechtecharta

## SCHWERPUNKT EINWANDERUNG IN DIE EU

### Ein soziales Europa: Aber für welche Migranten?

Zwar war Einwanderung in den letzten zehn Jahren ein Top-Thema auf der EU-Agenda, doch die sozialen Rechte der Migranten und ihr Zugang zu Beschäftigung wurden erst in jüngster Zeit für nationale und europäische Entscheidungsträger zur Priorität ... Um welche sozialen Rechte geht es jedoch überhaupt? Und dürfen wir folgern, dass die EU den Weg für ein soziales Europa für alle Migranten freimacht oder geht es nur um bestimmte Gruppen?

#### Ein schwieriger Zugang zu sozialen Rechten:

Zwar sind nicht alle Migranten von Armut bedroht, doch ist der Alltag von Drittstaatsangehörigen in der EU häufig von Armut und sozialer Ausgrenzung geprägt - ein Problem, das durch die Hindernisse, denen Migranten bei der Ausübung ihrer sozialen Rechte begegnen, noch verschärft wird.

Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt: Der Unterschied zwischen dem Aufenthaltsrecht und dem Recht auf Arbeitssuche bildet für legale Migranten in vielen Ländern eine Barriere beim Zugang zum Arbeitsmarkt: Die meisten Länder wenden spezifische Systeme an, die immer restriktiver werden. Viele Migranten können nur eine atypische Beschäftigung finden, die schlecht bezahlt ist und sie der Gefahr der Diskriminierung, Ausbeutung und der Altersarmut aussetzt. Dies gilt nicht nur für Migranten ohne "adäquate" Ausbildung und Qualifikationen, sondern auch - wegen der Nichtanerkennung von Bildungsabschlüssen und aufgrund von Diskriminierung - für sehr gut ausgebildete und qualifizierte Migranten.

**Unzureichender Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen:** Angesichts des engen Zusammenhanges zwischen Armut und einem schlechten Gesundheitszustand kommt es nicht überraschend, dass Migranten stärker

von gesundheitlichen Problemen bedroht sind, die oft auf ausbeuterische Arbeitsbedingungen, eine schlechte Ernährung, unzureichende Wohnverhältnisse sowie den fehlenden Zugang zu weiteren Dienstleistungen zurückzuführen sind. Der rechtliche Status bildet häufig ein formales Hindernis beim Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen, was selbst für medizinische Notfälle gilt; dieses Problem kann sich im Falle von Migranten ohne Papiere noch verstärken, da hier die Angst mitspielt, bei den Behörden bekannt zu werden.

Mangel an adäquatem Wohnraum: Viele Migranten treffen beim Zugang zu adäquatem und bezahlbarem Wohnraum auf rechtliche Hindernisse und Diskriminierung, wodurch sie in schlechte Wohnverhältnisse gezwungen werden.

Flüchtlinge wiederum sind ebenfalls mit spezifischen Problemen konfrontiert, da die Bedingungen in den Aufnahmezentren für Flüchtlinge in vielen Län-

dern schlecht sind. Die Folge solcher Hindernisse ist, dass für Migranten in den meisten europäischen Ländern ein unverhältnismäßig hohes Risiko für Obdachlosigkeit besteht.

#### Fehlender Zugang zu sozialen Dienstleistungen:

Für Migranten ist der Zugang zu Dienstleistungen und somit die Ausübung ihrer Rechte im allgemeinen schwieriger als für andere gesellschaftliche Gruppen. Hindernisse beim Zugang zu Beratungsdiensten, Rechtsberatungen, Kinderbetreuung und weiteren Dienstleistungen können mit verschiedenen Gründen erklärt werden: Es kann sich um eine simple Vorenthaltung von Rechten handeln oder um mangelnde Informationen und Wissen über die Verfügbarkeit und Funktionsweise der sozialen Dienstleistungen. Davon abgesehen haben Migranten ohne Papiere in vielen Ländern überhaupt keinen Zugang zu sozialen Dienstleistungen oder haben Angst, sich den

**Der Alltag von Drittstaatsangehörigen in der EU ist häufig von Armut und sozialer Ausgrenzung geprägt.**

Dienstleistungserbringern gegenüber zu erkennen zu geben.

**Diskriminierung durch (den eingeschränkten Zugang zu) Bildung:** Benachteiligungen innerhalb des Bildungsprozesses beginnen gewöhnlich in der Grundschule und setzen sich fort, wenn es darum geht, Zugang zu beruflichen Weiterbildungsprogrammen zu bekommen bzw. von diesen zu profitieren, da hier häufig die sprachlichen Bedürfnisse sowie das Vorwissen und die Qualifikationen von Migranten ignoriert werden. In einigen Ländern wird Kindern ohne Papiere der Zugang zu Schulen verwehrt.

**Ein Versäumnis innerhalb der Strategien zur sozialen Eingliederung:** In vielen Ländern enthalten die Strategien zur sozialen Eingliederung nur eine vergleichsweise geringe Berücksichtigung der Bekämpfung des Armutsrisikos bzw. der Armut unter Migranten. Besonders auffällig ist dieses Versäumnis im Falle der Migranten ohne Papiere und der Asylsuchenden, für die die meisten nationalen Pläne keine geeigneten Strategien und Maßnahmen bieten.

#### **Der EU-Ansatz: Die hochqualifizierten an erster Stelle?**

Migrationspolitik, soziale Rechte und die Eingliederung von Migranten bleiben in den meisten Fällen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten. Die letzten Jahrzehnte waren jedoch von neuen Gemeinschaftsmaßnahmen geprägt, deren Aufgabe es ist, ähnliche Herausforderungen anzugehen, den Mitgliedstaaten bei der Bewältigung demografischer Probleme zu helfen und bei der Verwaltung der Einwanderungsströme die "Last aufzuteilen".

Die so genannten Programme von Tampere (2000-2005) und Den Haag (2005-2010) bilden die Grundlage für eine gemeinsame Einwanderungspolitik und konzentrieren sich auf einige Hauptbereiche, darunter:

# Migration und wirtschaftliche Migration - aufbauend auf dem Maßnahmenplan von 2005 zur legalen Einwanderung, der in erster Linie darauf abzielt, die Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte zu fördern;

# Kampf gegen illegale Einwanderung und Rückführung - durch einen immer stärker an Sicherheit orientierten Ansatz, der im Vorschlag für die "Rückführungsrichtlinie" gipfelte, mit der die Verfahren der Mitgliedstaaten in Einklang gebracht werden sollen;

# Asyl - durch die progressive Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems mit gemeinsamen Verfahren und Standards;

# Eingliederung - nach der Annahme gemeinsamer Grundprinzipien zur Eingliederung und einer gemeinsamen Agenda für Eingliederung im Jahre 2005, die auf nationaler und europäischer Ebene umzusetzen ist.

Die Entwicklung einer gemeinsamen Politik könnte zwar ein Hebel sein, um die Lage der Migranten durch eine "konstruktive" Harmonisierung zu stärken, doch erscheint sie häufig als praktischer Ansatz, der auf den wirtschaftlichen

Bedürfnissen und der Sicherheitsagenda der Gastländer basiert, was dazu führt, dass die Grund- und Sozialrechte der Migranten eher untergraben als gestärkt werden. Weitere Merkmale sind die mangelnde politische

Kohärenz und die stark unterschiedlichen Ansichten der Hauptakteure (d.h. "Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit" gegen "Beschäftigung und Sozialpolitik").

In Hinblick auf den demografischen Wandel und den Mangel an Arbeitskräften entwickelt sich der EU-Diskurs jedoch dahin, der sozialen Eingliederung der Migranten und ihrem Zugang zum Arbeitsmarkt mehr Aufmerksamkeit zu schenken (ein wichtiger Hebel, um die Ziele von Lissabon für 2010 zu erreichen). Zwei wichtige Vorschläge werden diesbezüglich zur Zeit diskutiert: Die so genannte "Blue Card"-Richtlinie, die hochqualifizierten Migranten die Einreise und den Aufenthalt erleichtern soll und die Richtlinie über grundlegende soziale und wirtschaftliche Rechte für Arbeitskräfte aus Drittländern.

Doch selbst wenn man diese beiden Vorschläge als Schritt in Richtung der Entwicklung eines sozialen Europas für Migranten betrachten kann,

garantiert die Achtung der Vielfalt der Kulturen und das Recht auf freie Religionsausübung [...].

9. Durch die Beteiligung der Einwanderer am demokratischen Prozess und an der Konzipierung integrationspolitischer Maßnahmen, insbesondere auf lokaler Ebene, wird ihre Integration unterstützt.

10. Die Einbeziehung von Integrationsmaßnahmen in allen wichtigen politischen Ressorts und auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Dienste ist ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Gestaltung und der Durchführung der jeweiligen Politik.

11. Es bedarf klarer Ziele, Indikatoren und Evaluierungsmechanismen, damit die Maßnahmen angepasst, die Integrationsfortschritte bewertet [...] werden können.)



## **"Die Integrationspolitik der EU-25: Eine gemischte Bilanz"**

Die Möglichkeiten zur sozialen, kulturellen und politischen Teilhabe, die Einwanderern geboten werden, die in die Europäische Union kommen, sind sehr unterschiedlich - dies deckte der "Migrant Integration Policy Index (MIPEX)" auf, eine Studie, die Ende 2007 unter der Schirmherrschaft der Migration Policy Group und des British Council veröffentlicht wurde.

Laut dieser Studie präsentiert die Integrationspolitik der EU-25 eine gemischte Bilanz. Schweden nahm Platz 1 auf dem Index ein, da die Eingliederungspolitik des Landes insgesamt als "eingliederungsfreundlich" eingeschätzt wurde. Bei den 28 untersuch-

ten Ländern (25 Länder der EU und 3 außereuropäische Länder), waren die Länder mit den höchsten Einwanderungsraten gleichzeitig die mit den besten Ergebnissen (Großbritannien, Spanien, Deutschland, Italien und Frankreich).

Fünf Länder haben eine Eingliederungspolitik, die insgesamt gesehen zumindest teilweise ungünstig ist (Lettland, Zypern, Griechenland, Slowakei, Österreich). Die Länder mit den zehn schlechtesten Ergebnissen sind die baltischen Republiken, die Länder des östlichen Mittelmeeres und Mitteleuropas sowie Dänemark.

Die EU-25 erzielte ihr bestes Ergebnis bei den Maßnahmen für den langfristigen Aufenthalt, wobei Antidiskriminierung, Familienzusammenführung und Zugang zum Arbeitsmarkt nur knapp dahinter lagen. In den Ländern Westeuropas erweisen sich Antidiskriminierungsgesetze als Schlüsselement zur Förderung der Eingliederung.

Das schlechteste Ergebnis erzielte die EU-25 beim Zugang zur Staatsbürgerschaft und den Maßnahmen zur politischen Teilhabe. Beim Zugang zur Staatsbürgerschaft können nicht einmal die höchsten Ergebnisse als "günstig" erachtet werden. Die Länder Mittel- und Osteuropas erzielen bei der politischen Teilhabe die schlechtesten Ergebnisse. Ihre Maßnahmen sind hier im Durchschnitt ungünstig.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass noch viel getan werden muss, bis eine Reihe einheitlicher Standards für ganz Europa erreicht ist.

Weitere Informationen zum MIPEX finden Sie unter:  
<http://www.integrationindex.eu/>

sollte nicht vergessen werden, dass sie spezifische Gruppen betreffen (hochqualifizierte Arbeitskräfte, Studierende ...), während die am stärksten von Armut bedrohten Menschen (insbesondere Migranten ohne Papiere, Asylsuchende ...) zusehen müssen, wie ihre Aussichten, Arbeits- und Lebensbedingungen immer drastischer in Gefahr geraten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich eher folgende Frage: Ein soziales Europa, ja, aber für welche Migranten?

### **Das Soziale muss wieder Herzstück der Migrationsagenda werden**

Mit dem Ende des Haager Programms werden die nächsten beiden Jahre entscheidend sein, um über die Vision nachzudenken, die den EU-Migrationsmaßnahmen zugrunde liegt. Die Europäische Kommission hat bereits die Mitteilung "Eine gemeinsame Einwanderungspolitik" veröffentlicht, und der Rat hat eine entsprechende "Zukunftsgruppe" eingerichtet. Die französische Ratspräsidentschaft hat Migration kurzfristig zu einer ihrer Hauptprioritäten gemacht und Vorschläge für einen Einwanderungspakt vorgelegt, der eine neue politische Agenda für die nächsten Ratspräsidentschaften festlegen soll.

Die kommenden Monate werden entscheidend sein, um die Frage des Zugangs zu Sozial- und Grundrechten zum Herzstück der EU-Migrationsagenda zu machen. Dies wird jedoch ohne eine stärkere Koordinierung und Bündnisbildung zwischen allen beteiligten Hauptakteuren nicht möglich sein: Entscheidungsträger und Medien, aber auch die NRO, die wichtig sind, um Brücken zwischen den Bewegungen für Entwicklung, Menschenrechte, Anti-Rassismus und soziale Eingliederung zu bauen und einen konstruktiven Migrationsrahmen zu gestalten, der auf Menschenwürde und Grundrechten basiert.

Elodie Fazi  
EAPN, Verantw. Politik

## Europäische Einwanderungs- und Armutspolitik: Wie sehen die Prioritäten aus? Interview mit der Europaabgeordneten Martine Roure

Martine Roure ist eine französische Europaabgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Außerdem gehört sie dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres an und war auch Präsidentin der Inter-group Fourth World European Committee (Kampf gegen Armut).

**EAPN: Was hat die EU gegen Armut unter Einwanderern unternommen?**

**Martine Roure:** Leider bewirken der aktuelle institutionelle Aufbau und das Säulensystem Europas, dass die Einwanderungs- und Armutsbekämpfungsmaßnahmen immer noch zu



häufig parallel verlaufen. Wir wollten jedoch das Thema Armut unter Einwanderern über die europäischen Fonds angehen. Das Europäische Parlament hat daher das Budget des Eingliederungsfonds bedeutend erhöht, so dass vor Ort

## Der europäische Einwanderungspakt: Die Vision der französischen Ratspräsidentschaft

Der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl ist wohl die am meisten erwartete, aber auch kontroverseste Initiative der französischen Ratspräsidentschaft. Der Pakt soll am 15. Oktober auf dem Europäischen Rat angenommen werden und ist vor allem ein politisches Dokument, das als Basis für den neuen Aktionsplan dienen soll, den sich die EU nach dem Haager Programm festlegen wird.

Zwar sind die Details der Initiative noch nicht bekannt, doch soll sich der Pakt um sechs Hauptthemen drehen:

# Organisation der legalen Einwanderung auf Basis der Bedürfnisse der Mitgliedstaaten und ihrer Aufnahmekapazität. Ein zentraler Aspekt dieser Säule soll der Vorschlag für eine Blue Card-Richtlinie sein;

# Bekämpfung der illegalen Einwanderung. Dies soll eine stärkere Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten beinhalten;

# Größere Effektivität der Grenzkontrollen (insbesondere durch die Stärkung der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX);

# Entwicklung eines Asylsystems für Europa (u.a. durch die Festlegung von gemeinsamen Garantien im Bereich Asyl und eines einheitlichen Flüchtlingsstatus bis 2010);

# Festlegung eines Rahmens für die Integration von Migranten;

Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut unter Einwanderern ergriffen werden können.

Wir arbeiten auch auf eine Richtlinie hin, die Strafen für Arbeitgeber einführt, die nicht gemeldete Arbeitskräfte beschäftigen. Diese Richtlinie muss Maßnahmen gegen jegliche Form der Ausbeutung ermöglichen, sicherstellen, dass die Menschen für ihre Arbeit richtig bezahlt werden und außerdem die Würde jedes Einzelnen garantieren.

**EAPN: Kann der Einwanderungspakt bestehende Schwachstellen ausgleichen?**

**M.R.:** Ich befürchte dass der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl, wenn er so angenommen wird, wie er ist, leider keine konkreten Verbesserungen im Kampf gegen Armut unter Einwanderern herbeiführen wird. Zur Zeit konzentriert sich der Pakt hauptsächlich auf die einschränkenden Aspekte der Einwanderungspolitik und legt den Schwerpunkt vor allem auf die Stärkung der Außengrenzen und der Arbeit von Frontex, auf die Rückführungspolitik und den Abschluss von Wiederaufnahmeabkommen mit Drittstaaten. Er schlägt keine wirkliche Verbesserung der Maßnahmen für legale Einwanderung vor.

# Entwicklung einer Partnerschaft mit Herkunfts- und Transitländern: Als Antwort auf einen befürchteten "Brain Drain" in Drittländern setzt die Ratspräsidentschaft einen spezifischen Schwerpunkt auf einen



Wenn wir aber die Unsicherheit und die Armut unter Migranten angehen wollen, müssen wir zunächst garantieren, dass sie auf würdige Weise in Europa ankommen können. Der Pakt macht übrigens keine spezifischen Vorschläge für eine europäische Integrationspolitik.

Ich befürchte, dass der Vorschlag der französischen Ratspräsidentschaft, die Einwanderung von Familien zu "regulieren", bei Migranten zu einer noch stärkeren sozialen Ausgrenzung führen wird. Migranten müssen Zugang zu denselben Rechten auf ein Familienleben, auf angemessenen Wohnraum usw. haben.

**EAPN: Was ist von der Erneuerung der Institutionen im Jahr 2009 zu erwarten?**

**M.R.:** Die Kommission und das Europäische Parlament können dieses Thema in der nächsten Legislaturperiode im Rahmen des Europäischen Jahres zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung angehen. Ich hoffe, dass dann auch Armut und Ausgrenzung der Migranten in Europa auf die Agenda kommt, so dass die Institutionen erkennen können, in welchen Bereichen die Europäische Union ihre Maßnahmen verstärken muss, um dieses Problem zu bekämpfen.

Interview: Elodie Fazi

"Migrationskreislauf" (d.h. auf eine leichtere Rückkehr ins Herkunftsland), auf Investitionen in Drittstaaten und bilaterale Abkommen.

Zwar könnte ein breit gefächerter Pakt zu einem kohärenteren, auf Rechten basierenden und integrierten Ansatz führen, doch befürchtet das EAPN, dass der Hauptschwerpunkt auf der Bekämpfung der illegalen Einwanderung liegen wird und nicht auf der Stärkung der Grundrechte aller Migranten, insbesondere der Migranten ohne Papiere.

Elodie Fazi

Deutschland: "Integration von Migranten/-innen sollte ein wechselseitiger Prozess mit Anstrengungen auf beiden Seiten sein."

Grundlage für die Förderung der sozialen Integration von Migranten/-innen in Deutschland ist das Zuwanderungsgesetz, aufgrund dessen eine Vielzahl von Maßnahmen der sprachlichen Förderung, Beratung, sozialen und beruflichen Eingliederung eingerichtet wurden.

Die aktuellen Daten des 3. Nationalen Armuts- und Reichtumsbericht zeigen jedoch: Als Migrant/-in in der Bundesrepublik zu leben, stellt ein Armutsrisiko dar.

Das Einkommen der Migranten liegt bei 78,8 % des Durchschnittswertes der Gesamtbevölkerung, ihr Armutsrisiko bei 28 % im Vergleich zu 15 % bei der Gesamtbevölkerung. Die Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen aus Einwandererfamilien ist besorgniserregend. Sie sind zu 32,6 % armutsgefährdet (13,7 % bei Kindern ohne Migrationshintergrund).

Dies verheerende Bild vom Leben eines Fünftels der Bevölkerung der Bundesrepublik zeigt die Unfähigkeit unseres Sozialstaates, diesen rund 15 Millionen Menschen die Voraussetzungen für ein gelungenes Leben in Deutschland zu schaffen.

Integration sollte ein wechselseitiger Prozess mit Anstrengungen auf beiden Seiten sein. Notwendig ist ein Lernprozess auch für das Bildungssystem, die Sozialstrukturen und Unternehmen mit dem Ziel, Einwanderer mit all ihren Kompetenzen anzuerkennen und Rahmenbedingungen für ein gutes Zusammenleben, Chancengerechtigkeit und ein gelungenes Leben für alle "fünf Fünftel" unserer Einwanderergesellschaft zu ermöglichen.

## Aktuelle EU-Tendenzen bei der Migration von Arbeitskräften: Eine praktische Vision der Einwanderung

Die Migration von Arbeitskräften steht zur Zeit ganz oben auf der EU-Agenda. Die EU gesteht ein, dass in Zukunft größere Einwanderungsströme nötig sein können. Es wurden daher Vorschläge für Maßnahmen vorgelegt, die die Einreise und den Aufenthalt hochqualifizierter Arbeitskräfte ermöglichen (im Rahmen der so genannten "Blue Card-Richtlinie") und die auf die Festlegung bestimmter grundlegender sozialer und wirtschaftlicher Rechte für Arbeitskräfte aus Drittstaaten abzielen. Indem sie solche Maßnahmen ergreift, erkennt die Europäische Kommission an, dass die Rolle der wirtschaftlichen Einwanderung immer bedeutender wird angesichts des demografischen Wandels, der in europäischen Ländern bereits Realität ist und dem sich die Mitgliedstaaten in den nächsten Jahrzehnten zu stellen haben.

Dies ist nicht nur eine klare Anerkennung, dass die Einwanderung fortbesteht, sondern auch, dass sie für das Wohlergehen aller Menschen in Europa und für das Wirtschaftswachstum immer nötiger wird. Der Dialog konzentriert sich jedoch zu oft auf diesen einzigen Aspekt: Einwanderung wird als praktische und kurzfristige Lösung des demografischen Wandels angesehen und Migranten sollen dabei für einige Jahre nach Europa kommen, einen Beitrag zur Wirtschaft leisten und wieder gehen, bevor sie zur "Last" werden. Dieser Ansatz, der Migranten als wirtschaftliche Einheiten und nicht als Menschen behandelt, ist unvereinbar mit den europäischen Werten der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Angehörigen von

Minderheiten.

Die Nichtanerkennung des Beitrags, den Migranten zur europäischen Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur leisten, ist wiederum ein zentrales Merkmal der Debatte, die Migranten in "hochqualifiziert" und "unqualifiziert" unterscheidet. Der praktische Ansatz erkennt die wirtschaftliche Notwendigkeit der Einwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften an, ignoriert aber den breiteren Beitrag, den Einwanderung zur europäischen Gesellschaft allgemein leistet. Einwanderer, die nicht als "hochqualifiziert" eingestuft werden, sind sogar von der Anerkennung des wirtschaftlichen Wertes der Einwanderung ausgegrenzt, und ganz konkret von der Anerkennung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedeutung für die europäische Gesellschaft. Dass vielen Migranten, darunter u.a. Asylsuchende und Migranten ohne Papiere, Rechte vorenthalten werden, hat nicht nur eine

negative Auswirkung auf die Betroffenen selbst, sondern bringt die Gesellschaft auch um die Früchte ihrer Teilhabe am zivilen, politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben.

**Die praktische Vision der Einwanderung gefährdet die Bemühungen in den Bereichen Integration und soziale Eingliederung.**

Darüber hinaus herrscht Besorgnis über die Koexistenz der Vorschläge der Europäischen Kommission zur Erleichterung der "legalen Einwanderung" (darunter der "Blue Card"-Vorschlag) und einer Reihe neuer Initiativen zur Kontrolle der so genannten "illegalen Einwanderung". Ein Schwerpunkt liegt auf Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung durch Grenzkontrollen und Rückführungen, doch das Thema Menschenrechte und Sozialschutz für illegale Einwanderer und Einwanderer ohne Papiere wird

vernachlässigt. Bei diesem Ansatz besteht die Gefahr, dass er sich nachteilig auf die Maßnahmen für Integration und soziale Eingliederung auswirkt, die auf Migranten ausgerichtet sind, einschließlich Drittstaatsangehörige mit Aufenthaltsgenehmigung, und auf EU-Bürgerinnen und Bürger, die ethnischen und religiösen Minderheiten angehören.

Der Ansatz der Kommission lässt die Tatsache unberücksichtigt, dass Migrationsmaßnahmen auf alle Einwanderergruppen abzielen müssen: Arbeitskräfte mit langfristigen oder kurzfristigen Verträgen, Studierende, Asylsuchende und Flüchtlinge, Ehepartner und abhängige

Familienmitglieder sowie Einwanderer ohne Papiere. Indem sich die Kommission auf hochqualifizierte Einwanderer konzentriert und anderen Einwanderergruppen den Zugang und Rechte vorenthält, schafft sie nicht nur unterschiedliche Rechtekategorien für Migranten (und somit eine inakzeptable Diskriminierung), sondern gefährdet auch ihre Bemühungen in den Bereichen Integration, soziale Eingliederung und Antidiskriminierung.

Georgina Siklossy  
Presse- und Informationsbeauftragte  
des Europäischen Netzwerks gegen  
Rassismus, ENAR

Erforderlich ist eine interkulturelle Öffnung und interkulturelle Schulung von Fachkräften in den Unternehmen, Behörden und Diensten sowie Ausweitung von Projekten zur Förderung des Zusammenlebens vor Ort.

Das Armutsrisiko bei Migranten ist so hoch, weil sie Migranten sind. Es ist Aufgabe der Politik, diese Logik aufzulösen.

Wolfgang Barth / Anita Morhard, AWO Bundesverband e.V.

## Welche Herausforderungen und politischen Maßnahmen bestehen hinsichtlich der sozialen Rechte von Migranten ohne Papiere?

**E**inwanderer ohne Papiere sind Menschen ohne eine Aufenthaltsgenehmigung, die ihren legalen Aufenthalt im Zielland erlauben würde. Die Erfahrung von PICUM (die Plattform für internationale Zusammenarbeit bezüglich Migranten ohne Papiere) zeigt, dass die meisten Einwanderer ohne Papiere legal nach Europa kamen, aber nach einiger Zeit mit Schwierigkeiten konfrontiert wurden und sich ohne die nötige Erlaubnis für Aufenthalt und Arbeit wiederfanden. Wenn sie erst einmal in diesem illegalen Status sind, wird Migranten systematisch vorenthalten, was einen elementaren Lebensstandard ausmacht. Ihre Grundrechte werden de facto verletzt. Sie haben keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung, zu Bildung und Arbeitsrechten, und ihre Wohnverhältnisse sind die schlimmsten in Europa. Migranten ohne Papiere leben in elender Armut und sind aufgrund ihres unsicheren administrativen Status permanent von einem systematischen Missbrauch bedroht, und zwar sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich.

Zwar wird geschätzt, dass es in Europa zwischen fünf und acht Millionen Migranten ohne Papiere gibt, doch bleiben diese Menschen für politische Entscheidungsträger dennoch unsichtbar. Diese Situation setzt lokale Akteure wie NRO, Fachkräfte aus den Bereichen Gesundheit und Bildung, religiöse Gemeinschaften und lokale Behörden extrem unter Druck. Sie arbeiten oft mit beschränkten Mitteln, um die Grundrechte von Migranten ohne Papiere zu verteidigen, einschließlich der Rechte auf Gesundheitsversorgung, Bildung und Ausbildung, faire Arbeitsbedingungen und angemessenen Wohnraum. Diese lokalen Akteure erleben täglich, dass ein aus juristischer Sicht illegaler Status für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung ein Hindernis beim Zugang zu grundlegenden sozialen Dienstleistungen darstellt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erleben eine Kluft zwischen ihren eigenen ethischen Berufsvorstellungen und dem negativen Diskurs in Hinblick auf Migranten ohne Papiere.

## Einwanderungspolitik in Spanien: Der aktuelle Stand

Nach einem Jahrzehnt des Wachstums, in dem mehr als fünf Millionen Einwanderer ins Land kamen, erlebt Spanien jetzt eine Wirtschaftskrise und einen besorgniserregenden Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Die steigende Arbeitslosigkeit betrifft vor allem unqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland, und so richtet sich die politische Debatte auf arbeitslose Einwanderer, deren Anzahl als zu hoch angesehen wird. Die Debatte führte jedoch zu keinerlei Kritik an unserem wackligen Wirtschaftsmodell, das auf einer hohen Anzahl zweitklassiger Jobs beruht, die oft von Menschen ausgeübt werden, die auf dem Arbeitsmarkt nicht konkurrenzfähig sind. In den letzten zwei Monaten stieg die Anzahl der von Armut betroffenen Menschen auf neun Millionen. Die meisten dieser Menschen sind Ausländer. Jüngste Studien zeigen, dass Armut "ausländisch" wird, wobei die aus Afrika stammende Bevölkerungsgruppe am stärksten betroffen ist.

Und was unternimmt die Regierung? Der

Ton wird immer schärfer, die Botschaften immer widersprüchlicher.

Einerseits gibt es Unterstützung für eine europäische Richtlinie, für die sich vor zehn Jahren niemand eingesetzt hätte, den Versuch, die Definition des "Familiennachzugs" einzuschränken sowie die Diskussion über das Dekret, das die Rücksendung der Einwanderer erleichtert. Andererseits gibt es aber auch die Verbesserungen der sozialpolitischen Maßnahmen (Mindestlohn und Mindestrente, Anwendung des Gesetzes über Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen für abhängige Personen usw.) sowie die Politik zu internationalen Rückführungsabkommen, Hilfe für Herkunftsländer und der Gesetzesantrag, der Einwanderern das Wahlrecht bei Kommunalwahlen einräumen soll.

Carlos Susias  
Präsident EAPN-Spanien

EAPN - España

Portal sobre  
Inclusion Social

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte betont, dass Menschenrechte allgemeingültig und unteilbar sind und wechselseitig voneinander abhängen und bestätigt, dass der Anspruch auf diese Rechte "ohne irgendeinen Unterschied" besteht, wobei der "Stand" an dieser Stelle explizit erwähnt wird.

Im aktuellen politischen Kontext Europas werden der Schutz und die Achtung der Grundrechte jedoch häufig von Maßnahmen zur Kontrolle der Einwanderung in den Hintergrund gedrängt. Mitgliedstaaten der Europäischen Union greifen immer öfter auf menschenunwürdige Praktiken zurück, wie etwa die, ganze Familien in elende Armut zu treiben, damit Migranten ohne Papiere das Land verlassen. In den Debatten ist immer häufiger das Argument zu vernehmen, dass Migranten ohne Papiere keinen grundlegenden Schutz verdienen. Dies ist die größte Bedrohung, der Migrantengemeinschaften seit Einführung der Menschenrechte in Europa der Nachkriegszeit ausgesetzt sind.

Mit dem EU-Prozess zum Sozialschutz und zur sozialen Eingliederung kann die Idee bekämpft werden, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund ihres illegalen Status

keinen grundlegenden Sozialschutz verdienen.

Seit der ersten Runde der nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung (NAP/Eingl) im Jahr 2001 wurden die EU-Mitgliedstaaten immer wieder von der Europäischen Kommission aufgefordert, spezifische und effektive Maßnahmen zur Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu ergreifen, so wie es auf dem Gipfel von Lissabon im Jahr 2000 beschlossen wurde. Migranten ohne Papiere gehören zwar zu den Gruppen, die heutzutage in Europa am stärksten von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, doch wird ihre Existenz und Marginalisierung in den verschiedenen NAP zur sozialen Eingliederung bisher kaum erwähnt. Die Aufnahme von Migranten ohne Papiere als spezifische Zielgruppe im Prozess zum Sozialschutz und zur sozialen Eingliederung und in den NAP wäre ein positiver Schritt im Kampf gegen die Ausgrenzung einer äußerst verletzlichen Bevölkerungsgruppe im heutigen Europa.

Michele LeVoy,  
Vorsitzende von PICUM (Plattform für internationale Zusammenarbeit bezüglich Migranten ohne Papiere)





## Nachrichten aus POLEN

### EAPN-Polen an der Vorbereitung der nationalen Strategie zur Verminderung der Obdachlosigkeit beteiligt

Das polnische Arbeits- und Sozialministerium hat verschiedene Mitgliedsorganisationen des EAPN-Polen (darunter Monar, die Barka-Stiftung, die Caritas Kielce und die Hilfsgesellschaft Heiliger Bruder Albert) um einen Beitrag zur nationalen Strategie zur Verminderung der Obdachlosigkeit gebeten. Die Arbeit an diesem Projekt ist Teil des nationalen Aktionsplans zur sozialen Eingliederung 2008-2010.

Die Arbeitsgruppen sind mehrfach zusammengelassen, um ein Strategiekonzept zu entwerfen und die Arbeit unter einzelnen Task Forces aufzuteilen, die von Organisationen beaufsichtigt werden, die Erfahrung mit dem jeweiligen Thema haben.

Folgende Aktivitätsbereiche werden von der Strategie abgedeckt:

#### I) Beurteilung und Analyse der Obdachlosigkeit

1. Obdachlosigkeit in Polen - Ausmaß, Anzahl der Nachtasyle und Obdachlosenheime und Dienstleistungseinrichtungen.
2. Rechtliche Lösungen für Obdachlose - Rechte und Verpflichtungen, wenn Hilfe in Anspruch genommen wird.
3. Hilfsmethoden und Wege aus der Obdachlosigkeit.

#### II) Prioritäten für Sozialarbeiter

1. Jede Kommune muss proaktiv gegen Obdachlosigkeit vorgehen.
2. In Nachtasylen, Obdachlosenzentren und Obdachlosenheimen müssen Dienstleistungsstandards angewandt werden.
3. Sozialarbeiter müssen bei ihrer Arbeit mit Obdachlosen Standards einhalten.

#### III) Prioritäten für Sozialwohnungen

1. Festlegung von Kriterien für neu erbaute Sozialwohnungen, Nachtasyle und Obdachlosenheimen.
2. Einführung von Programmen, um Obdachlosen die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft zu erleichtern.
3. Förderung der Einrichtung von kommunalen (Sozial)bezirken und Sozialhilfeangebote für Obdachlose und Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind.



#### IV) Bildung und Beschäftigung (einschließlich Klubs und Zentren für die soziale Eingliederung)

##### Bildung

- 1.1. Klubs für die soziale Eingliederung mit Gruppenprogrammen für selbständiges Lernen.
- 1.2. Weiterbildung von Entscheidungsträgern der Sozialwirtschaft.
- 1.3. Zentrum für soziale Eingliederung - spielt eine wichtige Rolle, um die Passivität ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen zu überwinden, wie etwa Obdachlose, Arbeitslose, Drogenabhängige und ehemalige Häftlinge.

##### Beschäftigung

- 2.1. Soziale Unternehmen
- 2.2. Gesellschaften und Geschäftsunternehmen
- 2.3. Jobzentren

## Im Blickpunkt:

### EAPN POLEN

Der polnische Ausschuss des Europäischen Netzwerks gegen Armut (EAPN-Polen) wurde am 1. Februar 2007 als offizielles Organ eingerichtet, das mit der Arbeitsgemeinschaft der Verbände sozialer Nichtregierungsorganisationen, WRZOS, zusammenarbeitet. Neben der WRZOS gehören dem Ausschuss Organisationen wie Caritas Polen an, die Vereinigung polnischer Nahrungsbanken, MONAR, die Hilfsgesellschaft Heiliger Bruder Albert, die Vereinigung der Freunde des International Movement ATD Fourth World sowie kleinere lokale und regionale Organisationen, wie die Vereinigung Heilige Hedwig von Andechs für soziale Eingliederung, die Wohlfahrtsvereinigung "Blisko dziacka" für Kinder und Jugendliche, die Vereinigung "Hoffnung gegen Armut und Arbeitslosigkeit" sowie das Bürgerprojektszentrum. Insgesamt vereinigt der Ausschuss 20 Organisationen.

Das EAPN-Polen hat sich zur Aufgabe gemacht, nationale Aktivitäten gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu überwachen und zu bewerten und die polnische und europäische Sozialpolitik entsprechend mitzugestalten.

Es arbeitet mit nationalen staatlichen Stellen, lokalen Regierungen und weiteren Akteuren zusammen, die im Bereich Soziales, Bildung und Beschäftigung tätig sind. Das EAPN-Polen möchte auch Aktivisten im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung zusammenbringen und deren Arbeit organisieren, insbesondere durch die Einrichtung lokaler, regionaler und internationaler Netzwerke sozialer und staatlicher Organisationen.

Die WRZOS hat eine Subvention für die Weiterentwicklung des EAPN-Polen erhalten. Geplant sind politische Debatten, Treffen und Seminare, an denen Vertreterinnen und Vertreter der Regierung und der Wissenschaft teilnehmen; ferner sind Newsletter zu Themen der polnischen und europäischen Sozialpolitik geplant.

Kontakt: Kamila Plowiec  
(kamila.p@wrzos.org.pl)



### V) Zugang zur Gesundheitsversorgung

Auf der Konferenz wurde beschlossen, dass der Entwurf für die nationale Strategie im September vorliegen wird. Er wird dann an die betroffenen Sozialhilfeeinrichtungen geschickt sowie an alle Nichtregierungsorganisationen, die im Kampf gegen Obdachlosigkeit aktiv sind. Im September oder Oktober ist eine zweite Konferenz geplant, auf der die Ergebnisse einer öffentlichen Debatte über das Dokument bewertet werden. Die endgültige Version des nationalen Strategieprojektes, mit den Beiträgen der Fachleute, wird erstellt werden, wenn alle Beratungen abgeschlossen sind.

Die Ministerin für Arbeit und Soziales soll

das nationale Strategieprojekt dann Ende des Jahres dem parlamentarischen Ausschuss für Soziales und Familienpolitik vorlegen. Die Mitgliedsorganisationen des EAPN-Polen sind der Ansicht, dass sich die angenommene Strategie für die polnischen Obdachlosen als günstig erweisen wird und eine wichtige politische Maßnahme darstellt.

Pater Stanislaw Slowik  
Direktor der Caritas Kielce

## Sozialpolitik in Polen: Aktivierungsmaßnahmen sind dringend nötig

Seit 1989 dient die Sozialpolitik hauptsächlich als "Sicherheitsventil" für die Wirtschaftsreformen, wobei das Ziel im Schutz besteht. Jetzt aber werden mehr Programme benötigt, um Leistungsempfänger in die Arbeit zu bringen.

Die größte Herausforderung für die Sozialpolitik allgemein ist die sich verschlechternde Abhängigenquote (erwerbstätige Bevölkerung im Vergleich zu Nichterwerbspersonen). Die Bevölkerung im Ruhestand (Männer über 65 und Frauen über 60) stieg auf 15,9 % (von 15 % im Jahr 2000), während die Anzahl der Kinder und Jugendlichen stark zurückging, und zwar von 24,4% im Jahr 2000 auf 20 % im Jahr 2007.

Das zweite große Problem besteht darin, dass Polen die niedrigste Erwerbsquote der EU hat. Nach einer Periode der Stabilisierung im Jahr 2005 ist die Teilhabequote am Arbeitsmarkt mittlerweile wieder rückläufig. Im Jahr 2007 lag sie mit 63,2 % für die Bevölkerung zwischen 15-64 unter dem europäischen Durchschnitt, und dies, obwohl die Arbeitslosigkeit mit 9,6 % ihren niedrigsten Stand seit Beginn der Wirtschaftsreformen erreicht hatte. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war vor allem auf die Abwanderung von Arbeitskräften zurückzuführen. Schätzungen besagen, dass 2007 900 bis 1100 Personen <sup>1)</sup> legal das Land verließen, um im Ausland zu arbeiten. Der "Brain Drain" und das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt mit vielen Migranten, die für ihre Jobs überqualifiziert sind, schädigt die

Gesellschaft.

**Die Sozialpolitik stellt für einige gesellschaftliche Gruppen kein perfektes Sicherheitsnetz gegen Armut oder soziale Ausgrenzung dar.**

Ein weiteres Problem für Polen ist der Anteil der von Armut bedrohten Personen, festgelegt mit 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens. Im Jahr 2005 lag dieser Anteil bei 19 %. Die Gruppe der Personen unter 17 Jahren war in diesem Jahr am stärksten von Armut bedroht (26 % dieser Gruppe lebten unterhalb der Armutsgrenze). Personen über 65 standen finanziell verhältnismäßig besser da. Der Anteil der von Armut bedrohten Personen betrug hier 8 %. Die Anzahl der arbeitenden Armen ist besorgniserregend hoch: Der Prozentsatz der arbeitenden Personen über 18 Jahre, die in Polen von Armut betroffen waren, betrug im Jahr 2005 13 %.

Die Sozialpolitik, einer der Hauptbereiche für öffentliche Ausgaben, stellt für einige gesellschaftliche Gruppen kein perfektes Sicherheitsnetz gegen Armut oder soziale Ausgrenzung dar. Die Analyse ergibt, dass die Einkommensunterstützung für Familien mit Kindern erhöht werden muss und dass komplexe Maßnahmen nötig sind, um Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dieses Ziel könnte zu einem Großteil über eine Bildungsreform erreicht werden, die eine bessere Brücke zwischen Ausbildung und Beschäftigung schafft. Eine Rentenreform ist ebenfalls nötig, um die

1) mtl.?

Möglichkeiten für die Frührente zu verringern (der Grund, warum viele gesellschaftliche Gruppen vorzeitig aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden). Der prognostizierte demografische Wandel macht Schutzmaßnahmen für ältere Menschen nötig. Einige der Maßnahmen, die in der EU erfolgreich angewandt werden, können auch in Polen übernommen werden. Dazu gehören die so genannte "Flexicurity", die Entwicklung von sozialen Unternehmen und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder zur Verlängerung der Arbeitskarriere.

Kamila Plowiec  
Leiterin internationale Zusammenarbeit bei der WRZOS /  
Geschäftsführerin EAPN-Polen



**Nachrichten aus dem Netz** möchte Diskussionen zu bestimmten Themen anregen. Die geäußerten Ansichten müssen dabei nicht unbedingt denen des EAPN entsprechen. Wenn Sie uns Ihre Meinung zum Inhalt dieser Ausgabe mitteilen möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [team@eapn.eu](mailto:team@eapn.eu)

Chefredakteur: Fintan Farrell  
Verantwortliche für die Veröffentlichung: **Audrey Gueudet**

EAPN, Square de Meeûs - B-1050 Brussels  
Tel.: +32 2 226 58 50 - Fax: +32 2 226 58 69 - E-Mail:  
[team@eapn.eu](mailto:team@eapn.eu) - Website: [www.eapn.eu](http://www.eapn.eu)

#### Mit Unterstützung

- der Europäischen Kommission und
- des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Surf mal bei ...

**[www.eapn.eu](http://www.eapn.eu)**



Diese Ausgabe von *Neues aus dem Netz* Nr. 127 finden Sie

in deutscher Sprache unter

<http://www.nationale-armutskonferenz.de/publications.htm>

und in anderen europäischen Sprachen unter

<http://www.eapn.eu/content/view/573/34/lang,en/>

Übersetzung: Isabel KERN

Layout: Alfred SCHLEIMER